



IG BAU: Vorstand wiedergewählt

Karina Pfau für weitere
vier Jahre im Amt



Karina Pfau

FOTO: PICKARTZ

Karina Pfau ist als Vorsitzende des Bezirksverbands Duisburg-Niederrhein der Industriergewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt für vier weitere Jahre im Amt bestätigt worden. Damit bleibt die 45-Jährige Interessenvertreterin für Bauleute, Reinigungskräfte und Forstbeschäftigte in der Region. Nach Angaben der Arbeitsagentur arbeiten in den Branchen der IG BAU in Duisburg aktuell rund 9600 Menschen – 4400 von ihnen im Bauhauptgewerbe und 3.700 in der Gebäudereinigung. Pfau betont: Gerade das Handwerk sei in den nächsten Jahren auf zusätzliche Fachkräfte angewiesen. Vom Fassadenreiniger über den Gartenbauer bis zur Buchhalterin in der Baufirma sollten Fachleute auf einer tariflichen Bezahlung bestehen. Die Gewerkschafterin will sich dafür einsetzen, dass „Beschäftigte nicht zu Verlierern der Corona-Pandemie werden“.

Politik auf die Finger schauen

Außerdem kündigt Pfau an, sich in politische Debatten einzumischen: „Viele Vorhaben der Berliner Ampel-Koalition haben direkte Auswirkungen in unserer Region – von der Wohnungsbau-Offensive bis hin zur gesetzlichen Rente. Bei all diesen Themen wird sich die IG BAU am Niederrhein einbringen und dabei auch der Kommunal- und Landespolitik auf die Finger schauen, gerade jetzt im Vorfeld der NRW-Landtagswahl.“ Karina Pfau ist gebürtige Moerserin und seit 2017 IG BAU-Bezirksvorsitzende. Als Stellvertreter wurde Klaus Brunken wiedergewählt.



„Viele verdienen zu wenig“

Bauarbeiter in Duisburg und am Niederrhein: notfalls Firmenwechsel



Wer auf dem Bau arbeitet, hat auch in Pandemie-Zeiten alle Hände voll zu tun. Doch nach Beobachtung der IG BAU sind viele Beschäftigte deutlich unterbezahlt. Sie sollten daher einen Lohn-Check machen und notfalls den Arbeitgeber wechseln.

Foto: IG BAU

13050 Bau-Beschäftigte – Gewerkschaft: „Viele verdienen zu wenig“

Maurer & Co. oft unterbezahlt: Die rund 13050 Bau-Beschäftigten in Duisburg und am Niederrhein können sich über fehlende Arbeit nicht beschweren. Doch viele von ihnen verdienen deutlich weniger, als ihnen zusteht. Darauf weist die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hin – und ruft die Bauarbeiter dazu auf, im Zweifelsfall die Firma zu wechseln. „Der Bau boomt – auch in der Pandemie. Die Betriebe suchen händeringend Fachleute. Es kann nicht sein, dass in dieser Situation viele Beschäftigte um einen angemessenen Lohn gebracht werden“, sagt Karina Pfau, Bezirksvorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein.

Wer mit einer dreijährigen Ausbildung als Spezialbaufacharbeiter arbeite, müsse aktuell auf einen Stundenlohn von 21,58 Euro kommen. Carsten Burckhardt vom Bundesvorstand der IG BAU, der die Tarifverhandlungen für die Gewerkschaft geführt hat, ruft jetzt zum Lohn-Check auf: „Jeder, der weniger verdient, sollte seinem Chef Bescheid sagen und sich nicht länger unter Wert verkaufen. Im Klartext heißt das dann auch: den Betrieb wechseln.“

Nach Informationen der Gewerkschaft liegt der Durchschnittsverdienst von Bauarbeitern in Nordrhein-Westfalen aktuell bei 17,67 Euro pro Stunde – 3,91 Euro weniger als der Tariflohn. „Rein rechnerisch gehen einem gelernten Straßenbauer oder



Pressespiegel

Ausgabe: 18.03.2022



Zimmerer damit pro Jahr rund 8.100 Euro durch die Lappen“, betont Pfau. Die IG BAU Duisburg-Niederrhein weist darauf hin, dass jeder Anspruch auf die tarifliche Bezahlung hat, der in der Gewerkschaft ist und dessen Betrieb dem Arbeitgeberverband im Bauhandwerk oder in der Bauindustrie angehört.

Infos und Tipps zum fairen Lohn und zum Jobwechsel gibt es bei der IG BAU vor Ort unter: 02 03 – 298 87 – 0 und duisburg@igbau.de. Ebenso im Internet: www.igbau.de/Bauhauptgewerbe.de

Lokalkompass.de

IG BAU-Chef Feiger startet Länder-Appell: "Beim sozialen Wohnungsbau mitziehen"



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU Foto: IG BAU Alexander Paul Englert

Die Zuwanderung ist deutlich gestiegen. Zudem flüchten Menschen aus der Ukraine nach Deutschland. Sie alle brauchen Wohnungen. Wie diese Entwicklungen zu dem heute vom Bundeskabinett beschlossenen Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2022 und zum vorgelegten Finanzplan bis 2025 passen, erklärt der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), Robert Feiger:

Beim sozialen Wohnungsbau muss die Bundesregierung in den Turbogang schalten. Denn es gibt zwei aktuelle Entwicklungen, die auch den sozialen Wohnungsbau enorm beeinflussen: Die Baukosten ziehen durch gestiegene Materialpreise gewaltig an. Und die Zuwanderung ist im letzten Jahr deutlich gestiegen. Schon bis Ende November lag der Wanderungsgewinn bei 315 000 Menschen – und damit deutlich höher als erwartet. Das waren immerhin fast 100 000 Menschen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Ganz aktuell kommt jetzt noch die Flucht aus der Ukraine dazu.



Pressespiegel

Ausgabe: 18.03.2022



Wie viele Menschen zu uns fliehen und wie viele davon bei uns bleiben werden, kann heute niemand sicher und seriös sagen. Fest steht nur: Wir müssen diesen Menschen ein neues Zuhause bieten.

Mit Klara Geywitz gibt es eine Bundesbauministerin, die bauen will. Sie macht ihre Arbeit als "Sozialbauministerin" wie es Jahrzehnte vor ihr kein Ressortchef gemacht hat. Klara Geywitz kommt eine Schlüsselrolle zu – erst recht in der aktuellen Situation. Aber sie muss auch bauen können. Deshalb muss Finanzminister Christian Lindner eine finanzielle Reserve schaffen – vor allem für den sozialen Wohnungsbau. Konkret: Wenn die jetzt vorgesehenen Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau aufgebraucht sein werden, muss es einen "Nachschlag" geben. Die soziale Wohnungsbauförderung darf nicht auf Grund laufen.

Mehr als 11 Millionen Mieterhaushalte haben in Deutschland Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein (WBS) – und damit auf eine Sozialwohnung. Schon heute spielt sich auf dem Wohnungsmarkt ein "soziales Drama" ab. Das darf sich nicht weiter verschärfen. Bundeskanzler Olaf Scholz ist angetreten, um es zu entschärfen. Und dabei ist die Bundesregierung auf einem guten Weg: Sie legt heute einen Haushalt und einen Finanzplan bis 2025 vor. Dabei sieht die Bundesregierung für die kommenden Jahre in Staffeln einen spürbaren Anstieg bei der sozialen Wohnungsbauförderung vor.

Aber entscheidend ist jetzt, dass die Länder mitziehen: Sie müssen die Bundesmittel eins zu eins kofinanzieren. Der soziale Wohnungsbau darf weder am finanziellen Unvermögen noch am politischen Unwillen der Bundesländer scheitern. Hier sind auch die Kommunen gefragt. Denn sie bezahlen heute schon oft hohe Kosten für die Unterkunft von Menschen mit geringen Einkommen. Es ist daher notwendig, dass die Städte und Gemeinden klare Signale an ihre Landesregierungen geben: Die Länder müssen die Fördermittel, die der Bund für den sozialen Wohnungsbau bereitstellt, mit eigenen Programmen, die die der aktuellen Situation angepasst sind, und mit eigenen Geldern flankieren. Das Potential dazu haben die Länder. Sie bekommen dafür schließlich unter anderen auch enorme Mittel aus der Umsatzsteuerbeteiligung.

Fazit: Mit dem heute vorgelegten Bundeshaushalt schaltet die Bundesregierung beim sozialen Wohnungsbau in einen höheren Gang. Hier muss Christian Lindner aber noch Reserven mobilisieren, wenn mehr Geld benötigt wird.

Wichtig beim sozialen Wohnungsbau ist: Nicht jede Sozialwohnung muss auf einem neuen Grundstück neu gebaut werden. Denn auch der Gebäudebestand bietet ein enormes Potential, Sozialmietwohnungen deutlich preisgünstiger und damit auch mit weniger Fördermitteln zu schaffen – etwa durch Dachaufstockung und durch den Umbau von Büros, die durch die Etablierung vom Homeoffice nicht mehr gebraucht werden.